

**STADT BERN** Die Grüne Catherine Weber will Kommissionsbeschlüsse publik machen. Die Mehrheit der Stadtratsparteien ist dagegen. Seite 21

# BERN

**SOZIALDEMOKRATEN** Der streitbare Autonomist Maxime Zuber will als SP-Spitzenkandidat des Berner Juras Nationalrat werden. Seite 25

## Parteiübergreifend gegen Gaskraftwerk

Lokale Opposition und Energiefachleute sind sich einig: Das von den BKW geplante **Gaskraftwerk in Utzenstorf** sei «überdimensioniert»

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe soll vollumfänglich auch für Gaskraftwerke gelten, so will es die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Das gibt der Opposition gegen das Gaskraftwerk Utzenstorf Aufwind.

SUSANNA REGLI

Mehr als 300 Personen füllten am Dienstagabend den Saalbau in Bätterkinden. Die Informationsveranstaltung, organisiert von Megagas, der Oppositionsbewegung gegen das geplante Gaskraftwerk in Utzenstorf, mobilisierte die Bevölkerung. Nebst der lokalen Opposition («Bund» von gestern) stellen sich der BKW Energie AG, die das Gaskraftwerk bauen will, aber noch weitere Hürden: Am Dienstag hat die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) entschieden, Gaskraftwerke nicht von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu befreien (siehe Kasten). «Das Parlament hat der Idee Gaskraftwerke einen Riegel geschoben», sagte FDP-Nationalrat Ruedi Noser an der Informationsveranstaltung in Utzenstorf. Er sei überzeugt, dass die BKW nun ein neues, redimensioniertes Projekt vorlegen werden. Die FDP stellt sich auf den Standpunkt, dass die Schweiz keine Gross-Gaskraftwerke braucht, allenfalls sollen Kleinanlagen bis 50 Megawatt erstellt werden, bei denen die Prozesswärme vollständig genutzt wird.

### Stromlücke füllen

Die BKW planen in Utzenstorf ein Gaskraftwerk, das mehr Strom produziert als das Atomkraftwerk Mühleberg. Zwar sagt Antonio Sommariva, Leiter des Mediendienstes der BKW, die Anlagegrösse sei noch nicht bestimmt. Die bernische Kantonsregierung nimmt aber an, dass der einst ein 400-Megawatt-Gaskraftwerk die heutige Produktion des Atomkraftwerks Mühleberg kompensieren wird. Ausserdem wollen die BKW nicht nur die Papierfabrik Utzenstorf mit Strom, Dampf und Wärme versorgen, sondern auch einen Beitrag zur Schliessung der Stromlücke leisten, die je nach Prognosen ab 2012 oder 2020 droht. «Je mehr Strom anfällt, desto besser ist das für die Versorgungssicherheit der Schweiz», sagt Som-



Das Areal der Papierfabrik Utzenstorf ohne (oben) und mit Gaskraftwerk (unten).



FOTOMONTAGE BKW

maral Rudolf Rechsteiner und Patrick Hofstetter, Klimafachmann von WWF Schweiz – waren sich in Utzenstorf trotz allen Plänen einig, dass Gaskraftwerke keine Lösung für die Zukunft seien. Hofstetter nannte Klimaschutz, Ozon- und Feinstaubproblematik, die Unsicherheit bei der Gasversorgung und die schlechte Ökobilanz als Hauptgründe. «Attraktive, umweltgerechte und ökonomische Alternativen gibt es schon.» Werde der «Effizienzpfad» eingeschlagen – dazu gehören etwa das Verbot von Elektroheizungen in Neubauten und die Reduktion von Standby-Verlusten –, könne der Stromverbrauch bis 2025 um 17 Prozent gesenkt werden. «Damit ist die Stromversorgung gesichert.»

### Atom- statt Gaskraftwerke?

Auch die SP setzt auf Energieeffizienz. Rechsteiner stimmt aber primär das Loblied auf die erneuerbaren Energien an. Auf Sonne – «der Verkauf von Solarzellen verdoppelt sich weltweit alle 18 Monate» –, aber vor allem auf Wind, den «grössten Träger der künftigen Energieversorgung». Seine Prognose sei, dass im Jahr 2030 «halb Europa» mit Windenergie versorgt werde. Es spiele dann auch keine Rolle mehr, wo Energie produziert werde. «Wenn in der Nordsee der Wind weht, kann man die Stromproduktion im Grimselgebiet stoppen.» Bis 2019 sei der Ersatz der Atomkraft CO<sub>2</sub>-neutral möglich. Dann, so Rechsteiner, deckten die erneuerbaren Energien den Verbrauch.

Ruedi Noser bezeichnete den Klimawandel als «unser prioritäres Problem». «Wir wollen, dass unsere Kinder Sport treiben können – im Winter ohne Angst vor Feinstaub, im Sommer ohne Angst vor Ozon.» Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz müssten ergriffen werden, erneuerbare Energien gefördert. «Und wenn das nicht reicht, müssen wir die CO<sub>2</sub>-arme Stromproduktion weiter nutzen.» Heisst: «Die Standorte mit Atomkraftwerken müssen dann weiter betrieben werden.»

In der anschließenden Diskussion rief ein Votant die Anwesenden auf, sich gegen das Gaskraftwerk zu wehren. «Ausgerechnet hier in Utzenstorf will man es bauen, wo wir durch die Verbrennungsprozesse in der Papierfabrik Utzenstorf und Biberist und das Stahlwerk Gerlafingen ohnehin schon stark belastet sind.»

mariva. Den Urek-Entscheid wollte er nicht kommentieren. «Es ist noch zu früh für eine Stellungnahme. Wir warten den Entscheid des Parlaments ab.»

Für Daniel Klooz, den Vorsteher des kantonalen Amtes für Umweltschutz, ist ein Gaskraftwerk «die bessere der schlechten Lösungen» und es taugt somit nur als Übergangslösung, bis die erneuerbaren Energieträger (Sonne, Wind, Biomasse) genügend Energie liefern. Die Regierung habe immer klargestellt, dass die CO<sub>2</sub>-Abgabe begrüsse, so Klooz. Wie der Kanton Bern die Versorgung sicherstellen würde, wenn das geplante Gaskraftwerk redimensioniert würde, sei bisher kein Thema gewesen.

### Stromeffizienz statt Stromlücke

Die Energiefachleute – FDP-Nationalrat Ruedi Noser, SP-Natio-

## CO<sub>2</sub>-Abgabe für Gaskraftwerke

Die Pläne der Stromunternehmen, die drohende Stromlücke in der Schweiz mit dem Bau von Gaskraftwerken zu schliessen, haben einen Rückschlag erhalten. Die Umweltkommission (Urek) des Nationalrats empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Vorschlag des Ständerats gutzuheissen und Gaskraftwerke voll der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu unterstellen. Die Umweltkommission fordert, Gaskombikraftwerke sollen die CO<sub>2</sub>-Abgabe bezahlen oder ihre Emissionen vollumfänglich kompensieren müssen. Eine solche Kompensation ist möglich, indem die Betreiber Emissionszertifikate erwerben oder sich an

CO<sub>2</sub>-reduzierenden Projekten im In- und Ausland beteiligen.

### 4,5 Rappen teurer

Laut Berechnungen der Urek würden die Kosten für Strom aus Gaskombikraftwerken unter diesen Bedingungen um etwa 4,5 Rappen pro Kilowattstunde verteuert, wie die Urek mitteilte. Damit erhielten Schweizer Gaskraftwerke gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz Wettbewerbsnachteile. Denn Strom aus Gas als Ersatz von Kohle ist in den europäischen Nachbarstaaten von Klimaabgaben befreit.

Hinter dem Entscheid der Urek stehen denn unter anderen auch

Kräfte, die den Bau von Gaskraftwerken verhindern wollen: die Promotoren der Kernenergie. «Aus ökonomischen und ökologischen Gründen» will beispielsweise die FDP auf den Umweg Gas verzichten und die Erneuerung der Kernkraftwerke umgehend an die Hand nehmen. Die Linke, die zu Gaskombi als Zwischenlösung grundsätzlich ja sagt, fordert die Kompensation des CO<sub>2</sub>-Ausstosses ebenfalls aus klimapolitischen Gründen, glaubt damit aber Gaskombi nicht zu verhindern. «Und sendet damit ganz sicher kein Signal zugunsten der Atomenergie aus», betont SP-Urek-Mitglied Ursula Wyss. (hei/sda)

## Nazirocker darf nicht mehr unterrichten

Die **Gewerblich-industrielle Berufsfachschule Langenthal** trennt sich von einem Teilzeit-Informatiklehrer, der Mitglied der rechtsextremen Band Indiziert ist

«Ich will diese Gesinnung an unserer Schule nicht», sagt Rektor Thomas Zaugg. Daher haben sich die **Gewerblich-industrielle Berufsfachschule Langenthal** und der **Neonazi Cédric Rohrbach** im gegenseitigen Einvernehmen getrennt.

STEFAN VON BELOW

Fachlich sei dem 22-jährigen Informatikstudenten überhaupt nichts vorzuwerfen, betont Thomas Zaugg – im Gegenteil. «Auf seinem Gebiet ist er sehr gut», sagt der Rektor der **Gewerblich-industriellen Berufsfachschule Langenthal**. Auch eine Befragung der Schüler habe nichts Negatives ergeben.

Und doch hat die Schule letzten Herbst beschlossen, das Arbeitsverhältnis mit Cédric Rohrbach nach dreieinhalb Monaten im gegenseitigen Einvernehmen aufzulösen, wie die Gratiszeitung «20 Minuten» berichtet. «Jemand hat mir erzählt, dass er in der rechtsextremen Szene verkehrt», sagt Zaugg. Als er darauf die Homepage der Nazirockband Indiziert angeschaut habe, deren Schlagzeiger Rohrbach ist, sei der Fall für ihn klar gewesen. Ein Lehrer, der extremes Gedankengut verbreite, sei für eine öffentliche Schule nicht tragbar. «Wir sind offen, aber nicht extrem», so Zaugg. «Ich will diese Gesinnung an unserer Schule nicht.»

Lehrpersonen hätten eine Vorbildfunktion und müssten politisch neutral sein, sonst gebe es

Probleme im Umgang mit den Schülern. Das habe im Rahmen eines «konstruktiven Gesprächs» auch Rohrbach eingesehen. «Ich konnte Zauggs Begründung nachvollziehen», bestätigt dieser – auch wenn er sich an der Schule nie politisch geäußert habe und mit allen gut ausgekommen sei. Weder er noch der Rektor hätten aber ein Interesse an einem «Medienrummel» gehabt. Daher habe er den Entscheid der Schule akzeptiert und pflege mit Rektor Zaugg nach wie vor ein «gutes Verhältnis».

### Für Lehrer «nicht so tragisch»

Allerdings habe er auch nur ein kleines Pensum von drei Lektionen pro Woche gehabt, sagt Rohrbach. «So war es für mich nicht so tragisch.» Hätte er ein Vollzeitpensum

gehabt, so hätte er sich gegen den Entscheid der Schule gewehrt. Denn grundsätzlich sei er der Meinung, dass die politische Haltung eines Lehrers keine Rolle spielen sollte. «Ich finde, man sollte einzig auf die Qualität des Unterrichts schauen – und ich habe mich stets bemüht, dass die Qualität stimmt.»

Zu seinen politischen Aktivitäten möchte sich Rohrbach gestern nicht äussern. Bei anderer Gelegenheit machte er allerdings keinen Hehl aus seiner Gesinnung. Er stehe «politisch rechts» und sei seit 2005 Mitglied der rechtsextremen Partei national orientierter Schweizer (Pnos), gab der Indiziert-Schlagzeiger zu Protokoll, als die Band im September wegen angeblicher Verstösse gegen den Antirassismusartikel vor den Burg-

dorfer Strafeinzelrichter Jürg Bähler treten musste. Entsprechend dem gängigen Szene-Vokabular bezeichnete Rohrbach seine Gesinnung in Analogie zum Nationalsozialismus als «eidgenössisch-sozialistisch». Dies entspricht dem Pnos-Programm, das den Umsturz des «hoffnungslos kranken» heutigen Systems und die Schaffung eines «echten Volksstaates» anstrebt.

### «Gegen kulturfremde Personen»

In ihren Liedern besingen die Indiziert-Rocker die «reine, weisse Schweiz», die von der «fremden Brut» befreit werden müsse. «Wir wollen unsere Rasse erhalten und andere Völker abspalten», heisst es in einem Song. «Rassenvernichtung ist Völkermord» in einem anderen. Richter Bähler kam indes

zum Schluss, die Texte seien allenfalls «geschmacklos, moralisch fragwürdig, respektlos und beleidigend» – nicht aber im strafrechtlichen Sinn rassistisch («Bund» vom 29. 11.). Dies, weil sie sich nicht gegen eine bestimmte Gruppe richteten, sondern «gegen kulturfremde Personen allgemein».

Trotz dem richterlichen Entscheid steht der bernische Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne) hinter dem Vorgehen der Langenthaler Gewerbeschule. «Diese Art von Rechtsextremismus hat an einer Schule nichts zu suchen», sagt Pulver – obwohl die Gesinnungsfreiheit grundsätzlich auch für Lehrpersonen gelte. «Die Schule hat jedoch eine gewisse Verantwortung ihren Schülern und deren Eltern gegenüber.»